

Ortsteilrat kritisiert Land

Mosbach bleibt bei Nein zu B19-Verlegung

VON KLAUS FINK

MOSBACH. „Da hat wohl einer ganz schön Angst bekommen“: In seiner jüngsten Sitzung übte der Ortsteilrat Mosbach harsche Kritik an der landesplanerischen Beurteilung des Raumordnungsverfahrens (ROV) zur Neutrassierung der Bundesstraße 19 quer durch den nordwestlichen Thüringer Wald. Viele hatten sich gewünscht, diese Straßenplanung möge wegen leerer Kassen im Sande verlaufen, doch hatte das Thüringer Landesverwaltungsamt zum Abschluss des Verfahrens in seiner Beurteilung eine positive Stellungnahme abgegeben.

„Auf Weisung von Oben“ – so vermuten es nicht nur Ortsteilbürgermeister Enrico Gruhl und sein Ortsteilrat, sondern auch einige Träger öffentlicher Belange, die zum ROV ebenfalls ihre Stellungnahmen abgegeben hatten. Die 163 Seiten starke pdf-Datei ist mit dem 15. September datiert, war also kurz nach dem Bürgerentscheid in Wutha-Farnroda noch nicht einmal 24 Stunden alt, was schlussfolgern lässt, dass sie schon länger in der Schublade gelegen haben muss.

Mosbacher sehen Ungereimtheiten

Doch das war nur eine von vielen aus Sicht der Mosbacher nicht nachvollziehbaren Ungereimtheiten rund um die Planung der neuen B19-Trasse, die „hausgemachtes Elend“ sei. Mit der landesplanerischen Beurteilung, die 13 Maßgaben und 14 Hinweise enthält, wurde die „Raumverträglichkeit“ der B19-Trasse V4 festgestellt, doch es bleiben viele Probleme offen.

„Das Ergebnis des Bürgerentscheids ist nicht berücksichtigt worden“, kritisierte Gruhl, der auch Vorsitzender des Bürgervereins Mosbach ist, die Vorgehensweise der Behörde. „Verwundert sind wir darüber aber nicht, denn wenn der Freistaat

wegen eines Bürgerentscheides jetzt von seinen Planungen abgerückt wäre, so könnte man zukünftig wohl nur noch wenige Großbauprojekte in Thüringen umsetzen. Die Signalwirkung wäre enorm und die Bürger anderer Orte würden ermutigt, sich mit demokratischen Mitteln einzumischen. Das ist aber offensichtlich nicht gewollt.“

Alarmglocken in Eisenach

Zu den Maßgaben gehört der Rückbau der jetzigen B19 zwischen Eisenach und der Hohen Sonne. „Hier müssten in Eisenach sämtliche Alarmglocken schrillen“, so der Ortsteilrat.

Eine Ortsumfahrung Stockhausen sei nicht im Plan, ebenso wenig eine Aussage über den zu erwartenden Verkehr vom Kreis Wutha nach Sättelstädt und nach Eisenach. Die Baukosten könnten die bisher geplanten 200 Millionen Euro weit übersteigen, da es weitergehende Untersuchungen und Veränderungen in der Planung gegeben habe. So solle etwa eine Verlängerung des über drei Kilometer langen Tunnels geprüft werden. Des Weiteren gehe die Planung von einer Verdreifachung des jetzigen Verkehrsaufkommens aus, obwohl eine Verkehrsprognose 2030 des Bundes für den gleichen Zeitraum einen Rückgang von zehn Prozent vorhersehe. „Das alles muss man wohl nicht verstehen“, so aus der Runde des Ortsteilrates.

Gruhl informierte darüber, dass der Bürgerverein Mosbach sein Hauptaugenmerk in nächster Zeit auf die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) 2015 legen wolle; einig ist er dabei mit Wutha-Farnroda Bürgermeister Torsten Gieß (pl). Ziel müsse es sein, eine politische Entscheidung zu revidieren. Die Prioritäten müssten neu gesetzt werden. Dabei könne das Ergebnis des Bürgerentscheides sehr hilfreich sein.